

newsletter

verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	3
Finanzdienstleistungen	4
Gesundheit / Ernährung	4
Telekommunikation / Medien / Internet	5
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	7
Terminvorschau	8

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

1. Europäisches Parlament hat Anhörung der designierten Kommissionsmitglieder durchgeführt – Zeitplan für Ernennung unklar

In der Zeit vom 29. September bis 7. Oktober 2014 mussten sich die designierten 27 EU-Kommissionsmitglieder den Fragen der Europaabgeordneten stellen. Zunächst hatten sie einen Fragenkatalog schriftlich zu beantworten. Danach kam eine dreistündige Anhörung vor den Abgeordneten der jeweils zuständigen Fachausschüsse. Der erste Vizepräsident, der niederländische Sozialdemokrat Frans Timmermans, wurde von der Konferenz der Präsidenten (Parlamentspräsident und Fraktionsvorsitzende) in Anwesenheit aller interessierten Abgeordneten befragt. Der britische Kandidat, Jonathan Hill (Konservative), der für den Bereich Finanzdienstleistungen vorgesehen ist, musste sich einer zweiten Anhörung stellen. In anderen Fällen, darunter der für Verbraucherschutz vorgesehene tschechische Kandidatin Věra Jourová (Liberale), forderten die Abgeordneten nach der Anhörung zusätzliche schriftliche Auskünfte an.

Die Abgeordneten bestätigten alle Kandidaten mit Ausnahme der designierten slowenischen Kandidatin für das Amt einer Vizepräsidentin für die Energieunion, Alen-

ka Bratušek (Liberale), die daraufhin ihren Rücktritt erklärte. Dem ungarischen Kandidaten Tibor Navracsics (Europäische Volkspartei) bescheinigten die Abgeordneten die Befähigung zum Amt eines EU-Kommissars, nicht aber die Eignung für das vorgesehene Ressort (Bildung, Kultur, Unionsbürgerschaft).

Slowenien hat nunmehr die stellvertretende Ministerpräsidentin Violeta Bulc (Liberale) anstelle von Alenka Bratušek nominiert. Der Vorsitzende der neuen EU-Kommission, Jean-Claude Juncker (Europäische Volkspartei), früherer luxemburgischer Premierminister, wird mit ihr voraussichtlich am 13. Oktober 2014 Gespräche führen und gegebenenfalls die Zuständigkeitsbereiche der Kandidaten ändern. Bulc muss sich auf jeden Fall noch einer Anhörung im Europäischen Parlament stellen. Dies könnte auch für Kandidaten mit neuen Aufgaben der Fall sein. Der vorgesehene Termin für die Bestätigung der neuen EU-Kommission durch das Plenum des Europäischen Parlaments, der 22. Oktober 2014, ist daher nicht gesichert. Damit kann sich auch der für den 1. November 2014 vorgesehene Amtsantritt der neuen Kommission verzögern.

<http://www.elections2014.eu/de/new-commission>

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

*Berichtszeitraum
29. September bis 12. Oktober
2014*

Impressum

*Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin*

*Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de*

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

2. Anhörung der designierten EU-Verbraucherkommissarin Věra Jourová

Die Tschechin Věra Jourová (Liberales) wurde als designierte EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Geschlechtergleichheit am 01.10. durch die Mitglieder von vier Ausschüssen des Europäischen Parlaments angehört: IMCO (Binnenmarkt und Verbraucherschutz), JURI (Recht), LIBE (Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) und FEMM (Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter). Jourová betonte, dass die Bereiche Justiz und Verbraucherschutz wirtschaftliches Wachstumspotential für den Binnenmarkt hätten. Verbraucher sollten durch verständliche Informationen mehr Vertrauen erhalten. Jourová sagte für den Beginn 2015 zu, die Onlinestreitschlichtungsplattform für das europäische Verfahren für geringfügige Forderungen in allen EU-Amtssprachen einzurichten. Sie wolle auch das Gemeinsame Europäische Kaufrecht voranbringen. Ein wahrer digitaler Binnenmarkt solle in Zusammenarbeit mit den Kommissaren Ansip (Vize-Präsident für digitalen Binnenmarkt, Estland) und Oettinger (digitale Wirtschaft, Deutschland) durch die Datenschutzgrundverordnung und eine Vereinfachung von Online-Käufen geschaffen werden.

<http://www.elections2014.eu/de/new-commission>

3. Siebte Verhandlungsrunde: Zähe Gespräche über Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Vom 29. September bis 3. Oktober 2014 fand die siebte Gesprächsrunde über ein Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika statt. In der abschließenden Pressekonferenz am 3. Oktober 2014 betonten die Chefunterhändler Dan Mullaney (USA) und Ignacio Garcia-Bercero (EU) den konstruktiven Charakter der Gespräche.

Es sei nunmehr eine Phase erreicht worden in der nicht mehr über allgemeine Ansätze diskutiert werde, sondern über konkrete Vorschläge. Zum Teil lägen bereits konsolidierte Texte vor, in denen die Vorschläge beider Seiten zusammengeführt würden.

Bei diesen technischen Gesprächen seien gute Fortschritte erzielt worden. Themen waren Regulierungen im Bereich der Pharma-, Auto-, Chemie- und Maschinenbaubranche sowie Zoll- und Handelsleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen. Besonders viel Zeit wurde den „Hundertern von Seiten“ mit Vorschlägen zu Liberalisierungen im Dienstleistungssektor gewidmet. Nach der 6. Runde im Juli seien davon 15 Prozent abgearbeitet gewesen; nunmehr sei es über die Hälfte. Noch nicht verhandelt wurde über Klauseln für Investoren-Schiedsgerichte.

In der Abschlusspressekonferenz wiesen die beiden Chefunterhändler darauf hin, dass die Arbeiten auf der technischen Ebene sehr zeitaufwändig seien. Qualität gehe aber vor Schnelligkeit. Vor allem aber betonten sie, dass es keine Absenkung von Standards in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Verbraucher- und Datenschutz geben werde. Auf eine Schätzung über die Zahl der noch erforderlichen Verhandlungsrunden wollten sich die Unterhändler nicht einlassen.

http://ec.europa.eu/trade/policy/info-focus/ttip/index_de.htm

<http://www.ustr.gov/ttip>

<http://ec.europa.eu/avservices/video/player.cfm?ref=l093277> (Pressekonferenz - Video)

4. Verhandlungsmandat für die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) veröffentlicht

Das Verhandlungsmandat für die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist seit 9. Oktober 2014 öffentlich zugänglich. EU-Handelskommissar Karel De Gucht begrüßte die Entscheidung der 28 EU-Mitgliedstaaten, ihren Widerstand gegen eine Veröffentlichung aufzugeben. "Ich freue mich, dass die Regierungen sich dazu entschlossen haben, das TTIP-Verhandlungsmandat öffentlich zu machen. Dazu habe ich sie seit Langem ermutigt. Zugleich unterstreicht dies unseren Willen zu Transparenz bei den Verhandlungen", sagte De Gucht. Bei seinem Besuch 9. und 10. Oktober 2014 in Berlin erläuterte De Gucht erneut die Vor-

teile des geplanten Abkommens für die europäische Wirtschaft und die Bürger.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12752_de.htm

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11103-2013-DCL-1/de/pdf> (Text des Verhandlungsmandats)

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. Aufbau von Tankstellen für alternative Kraftstoffe und Ladestationen für Elektrofahrzeuge

Der EU-Ministerrat verabschiedete am 29. September 2014 den Rechtsakt zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und für Ladestationen für Elektrofahrzeuge. Das Europäische Parlament hatte bereits am 15. April 2014 zugestimmt. Mit dem Rechtsakt werden Mindestanforderungen für die Errichtung der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe festgelegt, die von den Mitgliedstaaten mit ihren nationalen Strategierahmen umzusetzen sind. Hierzu gehören gemeinsame technische Spezifikationen für Ladestationen für Elektrofahrzeuge sowie für Erdgas- und Wasserstofftankstellen. Außerdem werden Vorgaben für die Information der Nutzer festgelegt. Spätestens im Herbst 2017 müssen Elektroautos europaweit mit dem in Deutschland entwickelten Typ-2-Stecker geladen werden können. Die Mitgliedstaaten sollen Aktionspläne ausarbeiten, damit bis zum Jahr 2025 ein ausreichend dichtes Netz für Ladestationen und Tankstellen für alternative Kraftstoffe besteht. Es geht dabei um Tankstellen für Flüssigerdgas (LNG), für komprimiertes Erdgas (CNG) und für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/sr?l=DE&f=PE%2079%202014%20INIT>

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12717_de.htm

2. EU-Kommission will CO₂-Intensität von Kraftstoffen senken

Nach der EU-Richtlinie zur Qualität von Kraftstoffen müssen die Anbieter die CO₂-Intensität ihrer Kraftstoffe bis zum Jahr 2020 um 6 Prozent verringern. Die Richtlinie verpflichtet Anbieter darüber hinaus, den Mitgliedstaaten Angaben zur Treibhausgasintensität der von ihnen gelieferten Kraftstoffe zu übermitteln. Die EU-Kommission hat am 7. Oktober 2014 einen Vorschlag zur Umsetzung dieser Verpflichtungen vorgelegt.

Der Vorschlag führt eine Methodik zur Berechnung der CO₂-Intensität verschiedener Kraftstoffarten (Benzin, Diesel, Flüssigerdgas (LPG) und komprimiertes Erdgas (CNG)) ein. Jeder Kraftstoffart wird ein Standardwert zugeordnet, der auf den während des gesamten Lebenszyklus ausgestoßenen Emissionen basiert. Die Anbieter müssen bei der Meldung der CO₂-Intensität ihrer Kraftstoffe an die Mitgliedstaaten von nun an diese Werte verwenden.

In der Praxis bedeutet dies, dass jede Erhöhung des Volumens CO₂-intensiver Rohöle (wie Ölsand) gegenüber dem Vergleichsstandard des Jahres 2010 durch angemessene Maßnahmen zur Senkung der Emissionen in anderen Bereichen begleitet werden müsste. Dies könnte durch den Einsatz von nachhaltigen Biokraftstoffen und elektrischer Energie oder beispielsweise durch Senkung der Treibhausgasemissionen bei der Extraktion fossiler Brennstoffe erreicht werden.

Anders als früher vorgesehen, muss der Einsatz von weniger klimafreundlichen Rohölen wie den aus kanadischen Ölsanden gewonnenen Treibstoffen nicht gesondert gemeldet werden. Die Neuregelung tritt in Kraft wenn der EU-Ministerrat und das Europäische Parlament nicht innerhalb von zwei Monaten Einspruch einlegen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1095_de.htm

3. Energiekennzeichnung von Wohnraumlüftungsgeräten

Der EU-Ministerrat erhob am 8. Oktober 2014 keine Einwände gegen den Entwurf einer Verordnung der EU-Kommission im Hinblick auf die Kennzeichnung von Wohnraumlüftungsgeräten in Bezug auf den Energieverbrauch. Die EU-Kommission kann diese Verordnung annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12074-2014-ADD-1/de/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12074-2014-INIT/de/pdf>

Finanzdienstleistungen

1. Mangelhafter Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen

Dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments wurde am 6. Oktober 2014 eine Studie zum Thema „Aspekte des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen“ präsentiert. Die Autoren sind ein Team der Beratungsgesellschaft London Economics. Die Studie erinnert daran, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika mangelhafter Verbraucherschutz, vor allem bei Hypotheken, nicht nur Verbrauchern geschadet hat, sondern auch eine wesentliche Ursache für die globale Finanzkrise war. Auch in Europa hätten Verbraucher unter dem Verkauf von ungeeigneten Finanzprodukten stark gelitten. Die Autoren halten es für erforderlich, den Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen zu verbessern und die Kompetenz der Verbraucher auf diesem Gebiet zu stärken.

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/imco/home.html>

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/imco/dv/cons_protect_fin_/cons_protect_fin_en.pdf

2. Arbeitsprogramm der europäischen Finanzaufsichtsbehörden für 2015

Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden EBA (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), ESMA (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde) und EIOPA (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung) gaben am 10. Oktober 2014 ihr gemeinsames Arbeitsprogramm für das Jahr 2015 bekannt. Die Behörden betonen, dass sie dem Verbraucherschutz und der Analyse sektorübergreifender Risiken hohe Priorität einräumen werden. Besondere Aufmerksamkeit genießen Anlageprodukte für Kleinanleger.

<http://www.eba.europa.eu/-/the-joint-committee-of-the-esas-publishes-2015-work-programme>

<http://www.eba.europa.eu/documents/10180/15736/JC+2014+074+%28Joint+Committee+Work+Programme+2015%29.pdf>

Gesundheit / Ernährung

1. Anhörung des designierten EU-Kommissars für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis

Der Litauer Vytenis Andriukaitis (Sozialdemokrat) ist am 30. September 2014 als designierter Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch die Mitglieder von zwei Ausschüssen des Europäischen Parlaments angehört worden: ENVI (Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) und AGRI (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung).

Als Arzt und ehemaliger Gesundheitsminister zeigte er sich fachkundig in allen Fragen der öffentlichen Gesundheit. Der Schwerpunkt seiner Arbeit soll ein diskriminierungsfreier Zugang zu Gesundheitsversorgung, auch grenzüberschreitend, sein. Als weitere Schwerpunkte nannte er insbesondere das Problem der Antibiotikaresistenz, die Förderung von eHealth und Maßnahmen gegen Übergewicht bei Kindern. Bei medizinischen Innovationen will er stär-

ker auf eine objektive Kosten-Nutzen-Bewertung setzen.

Im Bereich der Lebensmittelsicherheit steht für Andriukaitis die Wahrung der hohen Lebensmittelstandards in Europa ganz oben auf der Agenda. Er versprach, dass es beim transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) auf keinen Fall zu einer Absenkung der europäischen Lebensmittel- und Gesundheitsstandards kommen werde. Bei Themen wie der Zulassung des Fleisches von Nachkommen geklonter Tiere und bei der Lebensmittelkennzeichnung legte er sich nicht fest. Während der ersten sechs Monate seiner Amtszeit werde er die für die Zulassung genetisch veränderter Organismen geltenden Rechtsvorschriften überprüfen.

<http://www.elections2014.eu/de/new-commission>

Antworten auf den Fragenkatalog des Europäischen Parlaments:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/envi/dv/andriukaitis-/andriukaitis-de.pdf

2. Konsultation zu Chemikalien welche das Hormonsystem schädigen

Die EU-Kommission hat eine Online-Konsultation zur Festlegung von Kriterien für endokrine Disruptoren gestartet. Als endokrine Disruptoren werden Chemikalien bezeichnet, die durch Veränderung des Hormonsystems die Gesundheit schädigen und sich darüber hinaus auch schädlich auf die Umwelt auswirken können. Verwendung finden diese Stoffe insbesondere in Pflanzenschutzmitteln und Bioziden. Biozide sind Substanzen, die Schädlinge und Lästlinge wie Insekten, Mäuse oder Ratten, aber auch Algen, Pilze oder Bakterien bekämpfen. In vielen Bereichen des privaten oder beruflichen Lebens werden Biozide eingesetzt, zum Beispiel als antibakterielle Putz- und Desinfektionsmittel, Holzschutzmittel bis hin zum Mückenspray und Ameisengift.

Anlässlich des Starts der Konsultation sagte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik: „En-

dokrin wirksame Schadstoffe haben eine umfassende Debatte ausgelöst: es gibt deutliche Signale aus der Forschung, Öffentlichkeit und Politik zeigen sich zunehmend besorgt und sensibilisiert, einige Interessenvertreter äußern jedoch nach wie vor Zweifel. Europa schaut aufmerksam zu – wir brauchen diese Kriterien, um den Schutz zu verbessern und der Industrie die nötige Sicherheit zu geben. Bürger und Interessenvertreter können uns helfen, eine fundierte Entscheidung zu treffen.“

Interessenvertreter und die allgemeine Öffentlichkeit werden eingeladen, sich bis zum 16. Januar 2015 zu den Optionen für Kriterien und deren Umsetzung zu äußern.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1057_de.htm

Telekommunikation / Medien / Internet

1. Anhörung des designierten EU-Kommissars für digitale Wirtschaft und Gesellschaft Günther Oettinger

Der Deutsche Günther Oettinger (CDU) ist am 29. September 2014 als designierter Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft durch die Mitglieder von fünf Ausschüssen des Europäischen Parlaments angehört worden: ITRE (Industrie, Forschung und Energie), CULT (Kultur und Bildung), IMCO (Binnenmarkt und Verbraucherschutz), JURI (Recht) und LIBE (Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres).

Oberste Priorität ist laut Oettinger die Vollendung des digitalen Binnenmarkts. Seiner Auffassung nach unterliegt die Digitale Agenda noch immer „ziellos“ der nationalen Regulierung. Dabei kenne Digitalität keine nationalen Grenzen und auch der Datenschutz könne nur gemeinsam in Europa erfolgen. Als ersten Schritt für ein Digitales Europa sieht Oettinger den flächendeckenden Breitbandausbau.

Zu der im Verordnungsvorschlag für einen einheitlichen europäischen Telekommunikationsmarkt (TSM-Paket) kontrovers disku-

tierten Frage der Netzneutralität legte er sich nicht im Detail fest. Einschränkungen bei der Netzneutralität solle es aber nur im Falle eines öffentlichen Interesses geben. Rein kommerzielle begründete Ausnahmen seien abzulehnen. Oettinger steht auch voll hinter der im TSM-Paket vorgesehenen Abschaffung der Roaming-Gebühren.

Die in seinem Portfolio vorgesehene Reform des Urheberrechts nannte Oettinger als eine der schwierigsten Aufgaben der Kommission den nächsten Jahren. „Ich stehe für einen stabilen Schutz des Urheberrechts“, sagt Oettinger. „Wir müssen den Urheber ausreichend schützen, damit es morgen noch Urheber gibt. Umgekehrt haben Nutzer der digitalen Welt ein Interesse, dass alle Kulturprodukte verfügbar sind.“ Hier müsse man eine Balance finden. „Ich sage Ihnen zu, im nächsten Jahr einen Gesetzentwurf für eine Balance des europäischen Urheberrechts in Kenntnis der digitalen Welt zu erarbeiten.“

Link zur Anhörung:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-li-ve/de/committees/video?event=20140929-1430-COMMITTEEHEARING2014GO>

Antwort auf die schriftlichen Fragen:

http://www.elections2014.eu/pdfs/newcommissi-on/hearings/20140910CAD60716/Hearings2014_Oettinger_Questionnaire_de.pdf

2. Diskriminierung von Verbrauchern im digitalen Binnenmarkt

Dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments wurde am 6. Oktober 2014 ferner eine Studie zur „Diskriminierung von Verbrauchern im digitalen Binnenmarkt“ vorgestellt. Autoren der Studie sind die Mitglieder eines Teams der Universität Osnabrück. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass im digitalen Binnenmarkt Diskriminierung von Verbrauchern häufig vorkommt. Die drei gängigsten Praktiken sind: Verkaufsverweigerung, automatische Umleitung sowie ungerechtfertigte Preisauflagen und diskriminierende Bedingungen für

Käufer aus dem Ausland. Verbraucher seien dadurch sehr stark betroffen, da das Motiv für einen grenzüberschreitenden Einkauf in 56 Prozent der Fälle das Fehlen eines vergleichbaren Angebots im Heimatland ist. Die Autoren halten es für erforderlich, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/imco/dv/discrim_consumers_/discrim_consumers_en.pdf

3. Gewährleistung einer hohen Netz- und Informationssicherheit in Europa

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments erteilte am 6. Oktober 2014 dem deutschen Europaabgeordneten Andreas Schwab (CDU) ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat und der EU-Kommission über den „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union“. Das Europäische Parlament hatte seinen Standpunkt am 13. März 2014 festgelegt.

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/imco/home.html>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=20140313&secondRef=TOC&language=de> (Teil 2)

4. Weniger Regulierung auf Telekommunikationsmärkten

Die EU-Kommission beschloss am 9. Oktober 2014, den Endkundenmarkt für den Zugang zum Telefonfestnetz und den Vorleistungsmarkt für den Verbindungsaufbau an festen Standorten nicht mehr zu regulieren. Die Regeln traten unverzüglich in Kraft. Die EU-Kommission begründete die Herausnahme der Festnetzmärkte aus der Regulierung mit einem Rückgang der Zahl der Telefonanrufe aus dem Festnetz. Dieser Rückgang sei darauf zurückzuführen, dass die Kunden eher Internet-Telefondienste („VoIP“) und Mobiltelefone nutzten, aber auch auf alternative Anbieter (z. B. Over-the-Top-Anbieter (OTT)) zurückgriffen. Außerdem könnten Kunden, die das Festnetz noch nutzen, den Festnetzzugang jetzt

über verschiedene Plattformen (herkömmliches Telefonnetz, Glasfasernetz, Kabelnetz) und unterschiedliche Betreiber erhalten, die Breitband- und Sprachdienste über entbündelte Teilnehmeranschlüsse anbieten. Auf diese Weise habe sich der Wettbewerb erhöht.

Neelie Kroes, Vizepräsidentin der EU-Kommission, erklärte dazu: „Ich freue mich sehr, heute diese Verringerung des Verwaltungsaufwands im Telekommunikationssektor ankündigen zu können. Sie ergibt sich aus einem intensiveren Wettbewerb auf den Telekommunikationsmärkten und bringt uns einen Schritt weiter in Richtung eines echten vernetzten Kontinents.“

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1112_de.htm

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

1. Europäische Zentralbank belässt Leitzins auf Tiefststand - Maßnahmen zur Ankerbelegung der Wirtschaft

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 2. Oktober 2014 in Neapel (Italien) wie erwartet, den Leitzins bei 0,05 Prozent zu belassen. Zu diesem Zinssatz erhalten die Banken weiterhin unbegrenzt Geld von der EZB („Liquidität“). EZB-Präsident Mario Draghi begründete den Beschluss mit geringem Wirtschaftswachstum und gedämpften Inflationsaussichten im Euroraum. Im September sei die Inflation auf 0,3 Prozent gefallen, nach 0,4 Prozent im August. Banken müssen für Guthaben bei der EZB weiterhin 0,2 Prozent zahlen („negativer Einlagenzins“).

Mittelfristig wolle die EZB erreichen, dass die Inflation dem Stabilitätsziel von unter, aber nahe 2 Prozent wieder näher kommt. Dies werde durch die Maßnahmen zur Erleichterung der Liquiditätsversorgung der Banken gefördert. Hervorzuheben seien hier auch die bis Juni 2016 durchgeführten langfristigen Refinanzierungsgeschäfte. Anzumerken ist, dass damit die Banken für

vier Jahre Liquidität zum Festzins von derzeit 0,15 Prozent erhalten.

Neu ist, dass ab Oktober 2014 die EZB mindestens zwei Jahre lang Pfandbriefe und verbrieft Forderungen kaufen wird. Damit sollen die Banken entlastet werden, damit sie erneut Kredite vergeben können. Diese zusätzliche Kreditvergabe werde die Wirtschaftsentwicklung stützen und zur Preissteigerung beitragen.

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungn/2014/2014_10_02_pressekonferenz.pdf?__blob=publicationFile

2. EU-Kommission bittet um Stellungnahmen zu Studie zum Lebensmittel-Einzelhandel

Die EU-Kommission hat am 2. Oktober 2014 die Ergebnisse einer umfassenden Studie über die Entwicklung von Angebot und Innovation bei Lebensmitteln in den letzten zehn Jahren in Europa bekanntgegeben. Den Ergebnissen zufolge geht der Markteintritt neuer Wettbewerber stets mit einer größeren Auswahl und mehr Innovation einher. Während die Auswahl, die die Europäer im Einzelhandel haben, seit 2004 beständig zugenommen habe, sei die Zahl der Neuerungen, die die Verbraucher jedes Jahr erreichen, seit 2008 rückläufig. Dies sei vor allem auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen. Die Kommission fordert Interessenträger bis 30. Januar 2015 zur Stellungnahme zu den Ergebnissen der Studie auf.

Der für Wettbewerbspolitik zuständige Vizepräsident der Kommission, Joaquín Almunia, erklärte: "Die Europäer sollten gute Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen kaufen können. In den vergangenen fünf Jahren haben die Akteure viele Fragen hinsichtlich der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette aufgeworfen. Um deren Bedenken beurteilen zu können, brauchen wir harte Fakten, insbesondere zu den Auswirkungen der Verhandlungsmacht und der Eigenmarken großer Einzelhandelsketten. Diese Studie liefert wichtige Erkenntnisse und ebnet den Weg für die künftige Arbeit zu diesen Aspekten."

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1080_de.htm

<http://ec.europa.eu/competition/publications/KD0214955ENN.pdf>

3. EU-Kommission billigt Übernahme von WhatsApp durch Facebook

Die EU-Kommission hat die geplante Übernahme des amerikanischen Unternehmens WhatsApp Inc. durch die ebenfalls in den USA ansässige Gesellschaft Facebook, Inc. nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Sowohl Facebook (über Facebook Messenger) als auch WhatsApp bieten Smartphone-Anwendungen (sogenannte „Apps“) an, mit denen Endkunden durch den Austausch von Textnachrichten sowie von Bild-, Video- und Tondateien kommunizieren können. Die Kommission gelangte zu dem Schluss, dass Facebook Messenger und WhatsApp keine engen Wettbewerber sind, und dass die Verbraucher auch nach dem Zusammenschluss noch eine große Auswahl an alternativen Kommunikationsanwendungen haben werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1088_de.htm

4. Transparenz der Sozial- und Umwelterichterstattung der Unternehmen

Der EU-Ministerrat verabschiedete am 29. September 2014 eine Richtlinie zu mehr Transparenz für Unternehmen. Betroffen sind Unternehmen von öffentlichem Interesse mit mehr als 500 Mitarbeitern. Die Mitgliedstaaten erhalten zwei Jahre zur Umsetzung der neuen Bestimmungen. Etwa 6.000 Unternehmen in der Europäischen Union werden verpflichtet, in ihrem Jahresbericht Angaben zu ökologischen und sozialen Aspekten offenzulegen. Die Unternehmen müssen ihre Strategien zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen, zur Bekämpfung von Korruption sowie zur Vielfalt in den Leitungs- und Kontrollorganen in ihrem Geschäftsbericht offenlegen.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=PE%2047%202014%20INIT>

Terminvorschau

Rat

Rat Landwirtschaft und Fischerei (13./14. Oktober 2014)

Landwirtschaftliche Aspekte des Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030; Afrikanische Schweinepest; Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee (2015); Russisches Einfuhrverbot für Fischereierzeugnisse aus der EU; Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern.

Ratsarbeitsgruppe Finanzdienstleistungen (13. Oktober 2014)

Meldung und Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften.

Ratsarbeitsgruppe „Zivilrecht“ (13. Oktober 2014)

Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und –information“ (13. Oktober 2014)

Pauschal- und Bausteinreisen.

Ratsarbeitsgruppe „Luftverkehr“ (13. Oktober 2014)

Einheitlicher Europäischer Luftraum (Umsetzung).

Rat Ecofin (14. Oktober 2014)

Energiebesteuerung (Orientierungsaussprache).

Ratsarbeitsgruppe „Lebensmittelqualität“ (14./15. Oktober 2014)

Ökologische/biologische Produktion und Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

Ratsarbeitsgruppe „Lebensmittel“ (14. Oktober 2014)

Neuartige Lebensmittel; Kaseine und Kaseinate.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (14. Oktober 2014)

Binnenmarkt für Energie.

Ratsarbeitsgruppe „Transatlantische Beziehungen“ (14. Oktober 2014)

Debriefing zur 7. Verhandlungsrunde über das Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA.

Informelles Treffen der Minister für Außenhandel (15. Oktober 2014)

Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP); Russland-Ukraine-Beziehungen; EU-Handelsschutzpolitik.

Ratsarbeitsgruppe Finanzdienstleistungen (16. Oktober 2014)

Zahlungsdienste im Binnenmarkt.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (16. Oktober 2014)

Marktöffnung im Schienenverkehr.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (16. Oktober 2014)

Binnenmarkt für elektronische Kommunikation; Netzwerk- und Informationssicherheit.

Ratsarbeitsgruppe Finanzdienstleistungen (17. Oktober 2014)

Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (17. Oktober 2014)

Netzwerk- und Informationssicherheit; Verbot von Plastiktüten; Änderung der Richtlinien über Abfälle, Verpackungen und Verpackungsabfälle, Abfalldeponien, Altfahrzeuge, Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren sowie Elektro- und Elektronik-Altgeräte

Europäischer Rat (23./24. Oktober 2014)

Rahmen für die Klima- und Energiepolitik; Maßnahmen zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit Europas und zu spezifischen Verbundzielen für 2030; Erörterung der wirtschaftlichen Lage in Europa; Beschluss zur Ernennung der EU-Kommission (eventuell).

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (13. Oktober 2014)

Geldmarktfonds (erste Aussprache).

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (13. Oktober 2014)

Neuartige Lebensmittel (Aussprache); Möglichkeit für Mitgliedstaaten, den Anbau von Genpflanzen auf ihrem Hoheitsgebiet zu untersagen (Aussprache).

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (13. Oktober 2014)

Viertes Eisenbahnpaket – Abstimmung über die Beschlüsse zur Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen.

Rechtsausschuss (13. Oktober 2014)

Änderung der Richtlinien über Abfälle, Verpackungen und Verpackungsabfälle, Abfalldeponien, Altfahrzeuge, Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren sowie Elektro- und Elektronik-Altgeräte – Befassung mit begründeten Stellungnahmen nationaler Parlamente.

Fischereiausschuss (16. Oktober 2014)

Anlandeverpflichtung; Verbot der Treibnetzfisherei.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (16. Oktober 2014)

Aussprache über das Paket „Intelligente Grenzen“ (Nutzung des Einreise- und Aus-

reisesystems; Registrierungsprogramm für Reisende).

Plenum (20. bis 23. Oktober 2014)

Vorstellung der neuen EU-Kommission und ihres Programms durch Jean-Claude Juncker; Abstimmung über neue EU-Kommission (eventuell); Vorbereitung des Europäischen Rats am 23./24. Oktober 2014.; Erklärung von EU-Kommissionspräsident Barroso zur Bilanz der Barroso-II-Kommission; EU-Haushalt 2015.

Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (15./16. Oktober 2014)

Debatte über "Das europäische Agrarmodel: Auf dem richtigen Weg in die Zukunft? Und ein Vorbild für andere?" unter Teilnahme von: Peter KENDALL, Vorsitzender des Weltbauernverbandes (WFO) und Czeslaw Adam SIEKIERSKI, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament; Stellungnahmen zu: Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Verhandlung und Umsetzung eines Freihandelsabkommens EU/Japan; Schutzbedürftigkeit von Verbrauchern im Zusammenhang mit neuen Geschäftspraktiken im Binnenmarkt (Initiativstellungnahme); Bericht über die Wettbewerbspolitik 2013; Multimodales Reisen; Schwächen des gegenwärtigen Systems für Lebensmittelsicherheit für die europäischen Bürger (Initiativstellungnahme); Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! (Initiativstellungnahme); Produktion und Kennzeichnung von Bio-Erzeugnissen; Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe.

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (16./17. Oktober 2014)

Konferenz "Lokale und regionale Strategien für den Klimawandel und ihr Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität"; Stel-

lungnahme "Hin zu einer Kreislaufwirtschaft: Überprüfung der EU-Abfallvorschriften"; Stellungnahme zum Thema "Nachhaltige Gebäude".

Fachkommission für Kohäsionspolitik (22. Oktober 2014)

Multimodale Reiseplanungs- und -informationsdienste.

Europäischer Gerichtshof

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C 62/14 (14. Oktober 2014)

Programm der Europäischen Zentralbank zum Ankauf von Staatsanleihen von Krisenstaaten.

Mündliche Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen C 226/13, C 245/13, C 247/13 und C 578/13 (15. Oktober 2014)

Zwangsumtausch griechischer Staatsanleihen.

Urteil in der Rechtssache C 100/13 (16. Oktober 2014)

Zulässigkeit der deutschen „Bauregellisten“ wonach Bauprodukte im Inland vielfach nur dann verwendet werden dürfen, wenn sie zusätzlich zu der CE-Kennzeichnung weitere nationale Übereinstimmungskennzeichen (Ü-Zeichen) aufweisen.

Urteil in der Rechtssache C 580/12 P (22. Oktober 2014)

Rechtsmittelverfahren von Teilnehmer an Flachglaskartell.

Urteil in den verbundenen Rechtssachen C 359/11 und C 400/11 (23. Oktober 2014)

Preisänderungen für Strom- und Gas-Tarifkunden in Deutschland in den Jahren 2005-2008.

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)